

Frankfurter Tageblatt

und Anzeiger (Ehblatt und Anzeiger).

Frankfurt/Main, Freitag, den 20. September 1926.

Das Frankfurter Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichspräsidenten, des Reichsgerichts, der Landesregierungen, des Reichsfinanzministeriums, des Reichsjustizministeriums und des Reichsministeriums für Volkswohlfahrt und Reichsaufbau.

Postfachkonto: Dresden 1160
Stroßstraße Nr. 22.

Nr. 228.

Donnerstag, 20. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Frankfurter Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahmen der Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baar. Für den Fall des Austritts von Druckverpflichtungen, Änderungen der Preise und Bedingungen des Abnehmens an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den Abnehmer 1 Mark 50 Pfennig, für den Einzelkäufer 2 Mark 25 Pfennig; außerdem sind die üblichen Postgebühren zu zahlen. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungsbestellung rechtzeitig zu erneuern. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungsbestellung rechtzeitig zu erneuern. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungsbestellung rechtzeitig zu erneuern.

Leutnant Rouzier.

Dieser kleine Leutnant der Besatzungsarmee in Germersheim ist ein arbeitsamer, fleißiger, zuverlässiger Mann wie die Tat, die er vollbracht hat. Aber diese Tat, freimütig wie sie ist, ist doch letzten Endes nur ein kleiner Akt von dem großen Verdienste, dessen Opfer das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist. Nur eines der vielen kleinen blutigen Spritzer in dem grauenhaften Gemälde, das den Verfall der Weimarer Republik darstellt. Leutnant Rouzier, wie dieser in Germersheim, gibt es so viele, wie Besatzungsmitglieder am Rhein stehen. Jeder Einzelne ein Herr, ein Herrscher, ein Führer auf der Jagd nach einem Bild, das nicht vorhanden ist. Auf der Wacht vor einer Gefahr, die nicht besteht, als lediglich in der Einbildung. Aus Notwehr, so sagt der Hauptbericht, habe der kleine Leutnant in Germersheim geschossen. Aus Notwehr? Wo war die Gefahr für das Leben des kleinen Leutnants? Die Untersuchung ergab nichts, was die Unschuld der Dada-Agentur hätte beweisen können. Also lag diese Gefahr auch nur in der Einbildung. Als der kleine Leutnant in der dunklen Nacht in den einsamen und stillen Gassen des kleinen Germersheim seine Revolverpistole spielen ließ, glaubte er sich verfolgt. Einmal wird drauf los und tötete einen Menschen. Diagnose des Kriminalisten: Verbrechen aus Verfolgungswahn.

Verfolgungswahn! Dieses Wort darf man nicht ohne die Geschichte der Besatzungszeit im Rheinland setzen. Die Heere im besetzten deutschen Gebiet mit ihren Kanonen, Maschinengewehren und Tanks haben eine Aufgabe mit auf den Weg bekommen. Ihr Heimatland hinter dem Rhein zu schützen, den Sieg ihres Vaterlandes zu sichern vor einer Gefahr, die unabweisbar vorhanden sein muß. Sonst wäre das Vorhandensein einer solchen Truppenmacht doch nicht notwendig?

Psychologisch ist es daher durchaus verständlich, wenn die Vertreter dieser Fremdmacht am Rhein Reiz auf dem Bewußtsein sind, jeden Moment bereit zu sein zu verteidigen, die da hinter dem Rhein zu schützen, den Sieg zu sichern. Vor der Gefahr, die drohen soll. Woher, weiß keiner. Aber sie muß vorhanden sein. Sonst wären sie nicht da. Was der kleine Leutnant Rouzier in der dunklen Nacht in Germersheim tat, das hätte wohl mancher von seinen Landsleuten, die heute angeblich über ihn zu Gericht sitzen, auch getan. Denn sonst hätten sie ihn nicht nach dem Mord in den Straßen des Städtchens freizubewachen lassen und sich erst zu seiner Abtransportierung verstanden, als die Erregung der Bevölkerung ungeheure Dimensionen annahm. Wie gesagt, der Hauptbericht betrifft die Tat als Notwehr. Warum auch nicht? Vom Standpunkt des Verbrechen aus gesehen, ist jedes Verbrechen — Notwehr. Aber Notwehr gegen die Gesellschaft, gegen die bürgerlichen Gesetze, gegen die Weltordnung. In diesem Germersheimer Fall steht Weltordnung, Gesetz und Weltordnung nicht auf der Seite der Herren, die aus dem Nordverbrechen einen Akt der Notwehr machen wollen.

Es geschehen viele Verbrechen aus Verfolgungswahn. Was ist es anderes, wenn ein Herr Voicard aus irgendwelchen unerfindlichen Befürchtungen heraus wiederum das Giftgeschloß der Kriegsschuldfrage gegen ein wehrloses Volk abfeuert? Der Germersheimer kleine Leutnant Wölke das Leben eines deutschen Bürgers aus Frankreichs großer Ministerpräsident verurteilt die Ehre eines ganzen Volkes auszulöschen. In der kriminalistischen Diagnose dieser beiden Taten wird wohl kein großer Unterschied herauszufinden sein: Verbrechen aus Verfolgungswahn.

Die Besprechungen Franconis mit Voicard.

X Paris. Der belgische Finanzminister Franconi, der vorgestern nachmittag eine etwa zweistündige Unterredung mit Voicard hatte, ist abends bereits wieder nach Brüssel abgereist. Voicard erklärte er, er wisse über das, was er mit dem französischen Finanzminister besprochen habe, keine Einzelheiten abgeben. Einige Blätter glauben, daß es sich bei der Unterredung um die Frage der Stabilität der belgischen Währung gehandelt habe und um die Frage der Neubestimmung des Wertes des Gouvernements der Nationalbank, die erfolgt sei, um ein besseres Zusammenarbeiten zwischen der Kommission und der Regierung anzubahnen. Außerdem soll Franconi über die Verhandlungen unterrichtet haben, welche die belgische Regierung mit englischen Banken wegen Besetzung von Kreditlinien führt. Voicard selbst hat betont, daß die Währungsreform in Brüssel von gewissen Umständen

Sturz der Danziger Regierung.

Die Finanzreformgesetz der Linkskoalition vom Volkstag abgelehnt. Die Senatoren der Linkskoalition zurückgetreten.

Danzig, 20. September. Die Ablehnung der Danziger Finanzreformgesetz durch den Volkstag am 19. September hat nunmehr zum Sturz der parlamentarischen Senatoren der Danziger Regierung geführt. Der Rücktritt erfolgte nach der heutigen Sitzung des Danziger Volkstages, der in dritter Lesung das Finanzreformgesetz verabschieden sollte. Das Gange mit alle Zeichen eines großen Tages auf. Die Debatte über den Erfolg der Danziger Delegation in Genf und über die Ablehnung der von Danzig erhobenen Forderungen von 20 Millionen zogen

sich bis in die späten Abendstunden hin. Erst um 10 Uhr abends kam es zu der mit allgemeiner Spannung erwarteten Abstimmung. Mit 50 gegen 30 Stimmen wurde das Finanzreformgesetz in seinen wichtigsten Teilen von den Nationalen und den Kommunisten abgelehnt. Die bisherigen Koalitionsparteien, Liberale, Zentrum und Sozialdemokraten blieben in der Minderheit. Die Senatoren der Koalitionsparteien traten daraufhin zurück. Die Sitzung des Volkstages wurde unter allgemeiner Unruhe geschlossen.

abhängig, die vielleicht im wesentlichen nicht die gleichen seien, welche in Belgien bestanden. Man werde aber nichts verschäumen, um sie auch in Frankreich zu beschleunigen. Schließlich glaubt Petit Journal, daß Voicard und Franconi auch über die in Loisy zwischen England und Stresemann angestellten Fragen sich ausgesprochen hätten.

Rückruf der Stadt Germersheim.

Ein Rückruf der Stadt Germersheim an die Reichsregierung und bayerische Staatsregierung.

Germersheim. Das Bürgerkomitee Germersheim hat an den Reichspräsidenten, die Reichsregierung und an die bayerische Regierung folgenden Rückruf abzugeben gerichtet:

„Seit acht Jahren schmachtet die Stadt unter dem Joch der französischen Besatzung. Was die Bevölkerung in dieser letzten Zeit gelitten hat, ist mit Worten nicht zu schildern. Trotz aller Friedens- und Versöhnungsreden, trotz Locarno und Genf ist das französische Besatzungsregime zu einer mehrfachen Belastung der Bevölkerung geworden. Die Stadt Germersheim namentlich ist der Willkür der französischen Truppen seit langem machtlos preisgegeben. Die Bürger sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Neben anderen wiederholten Schrecken der Besatzung sind jetzt in der Nacht vom 19. zum 20. September drei brave wehrlose Bürgerkinder der rachsüchtigen und tollwütigen Mordhand eines französischen Offiziers sinnlos schuldlos zum Opfer gefallen. Die aus dieser erregten Bevölkerung der Stadt Germersheim ergeht flammenden Protest vor aller Welt gegen die einer Kulturlosen unwürdigen Willkürherrschaft seitens einer fremden Macht. Sie macht den Bürgerstand verantwortlich für alle gegenwärtigen und sonstigen Opfer. Die gesamte Einwohnerschaft fordert einmütig unbedingte Sühne für das schändliche Verbrechen an dreien ihrer Söhne und fordert die sofortige Einsetzung eines unparteiischen Untersuchungsrichters zur Untersuchung der Missetat. Sie fordert ferner die Entlassung aller französischen Truppen aus den Grenzen ihrer Stadt.“

Die schwer bedrohte Einwohnerschaft von Germersheim.

(Germersheim, 20. September. Gestern abend fand zwischen Vertretern der Justizbehörde auf der einen Seite und dem französischen Platzkommandanten von Germersheim auf der anderen Seite eine Besprechung über die Verhältnisse in der Nacht vom Sonntag zum Montag statt. Auf die Vorstellungen der deutschen Vertreter, die die Einbringung der Bevölkerung über den Zwischenfall zum Ausdruck brachten, verhielt sich der Platzkommandant, daß auch die französischen Behörden Trauer über die Vorfälle empfänden, und gab die Erklärung ab, daß das Gerichtsverfahren auf das eingehendste und gewissenhafteste durchgeführt werden würde. Weiter wird von französischer Seite bestätigt, daß der französische Unterleutnant Rouzier im Zusammenhang mit dem letzten Zwischenfall festgenommen und nach Landau übergeführt worden ist.)

(München. Die bayerischen Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei haben im Bayerischen Landtag eine kurze Anfrage eingebracht, in der die Staatsregierung gefragt wird, ob sie bereit ist, in der Lage zu sein, über den Verlauf der letzten Besprechungen in Germersheim reifliche Aufklärung zu geben, und welche wirksamen Maßnahmen sie zum Schutze der Bevölkerung des besetzten bayerischen Gebietes zu ergreifen gedenkt.)

Die bayerische Zeitung zu Germersheim.

München. Die bayerische Zeitung bemerkt zu dem Fall in Germersheim: Diese Missetat muß ein warnendes Zeichen sein, daß die Ehre eines Landes auf dem Spiele steht. Dessen muß sich die französische Regierung bewußt werden, zumal, wenn sie, wie Voicard noch in seiner letzten Rede ausführt, sich auf die Verständigung mit Deutschland bedacht sein will. Diese Verständigung muß vor allem von einer gewissen Achtung getragen sein, die man in der Behandlung dieses Falles durch die französischen Behörden nicht erkennen kann und die auch in der Person der Besatzung unter solchen Umständen nicht liegen kann. Da es anscheinend nicht möglich ist, so umzugehen, daß sie für ein Volk mit einem Mindestmaß von Selbstachtung tragbar wäre, so muß ihre volle Beilegung trotz des Bestehens des Friedensvertrages, der doch

immerhin ein Friedensvertrag sein soll, auch vonseiten Frankreichs erstrbt werden. Nur dann ist der wirkliche Friede zu erreichen.“

Der Abtransport des III. Artillerie-Regiments ist vollendet.

Germersheim. (Frankfurt.) Heute morgen verließen die letzten Mannschaften dieses Truppenkorps Germersheim zu Fuß. Die Erregung in der Bevölkerung hat sich durch diese Tatsache nunmehr ein wenig gelegt, ist aber immerhin noch sehr stark. In Zwischenfällen ist es nicht mehr gekommen. Das Befinden des schwerverletzten Rouzier hat sich leicht gebessert, doch besteht immer noch Lebensgefahr. Die noch untrüglich festgehalten wurde, führte der Unterleutnant Rouzier ein ziemlich lockeres Leben.

Auch in Trier ein Todesopfer.

Trier. Vor einigen Tagen erkrankte sich auf der Trierer Straße eine gewisse Militär. Vier Radfahrer waren in eine Spaziergänger-Gruppe hineingefahren und bei dem darauffolgenden Wortwechsel wurde einer der Spaziergänger namens Hoffmann aus Trier von einem der Radfahrer tadellos niedergeschossen. Die Vernehmung der vier jungen Leute, die gestern ermittelt und vorgeführt wurden, ergab als Täter einen Angehörigen der französischen Besatzung, der am gleichen Abend auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei durch die französische Gendarmen inhaft genommen wurde. Er hat bereits eingestanden, die Kugel abzugeben und die bei der Tat benutzte Waffe, eine Selbstabgefeuerte, vor seiner Festnahme verborgen zu haben.

Das Räumungsprogramm soll eingehalten werden.

Berlin. Gegenüber einer Meldung, daß die feineren Besatzungstruppen von 5-6000 Soldaten, die das besetzte Gebiet räumen sollten, nicht den tatsächlich in Aussicht genommenen Räumungsplänen entsprächen, erfahren die Morgenblätter aus Mainz, daß diese Meldung in keiner Weise zutrifft. Die in der Meldung gemachten Angaben dürften darauf zurückzuführen sein, daß von einer Seite vor einigen Tagen bezüglich der weiteren Räumungspläne im französischen Hauptquartier in Mainz nachgefragt wurde. Die darauf erhaltene Antwort lautete, daß zunächst Befehle für den Abmarsch von etwa 3000 Mann vorlägen. Wenn zunächst zur Zeit der Anfrage nur der Befehl für den Abmarsch von 3000 Mann Besatzungstruppen vorgelegen habe, so sei damit in keiner Weise Einhaltung des vorgesehenen Räumungsprogramms in Frage gestellt, wie dies der deutschen Regierung von maßgebender Pariser Stelle, wie vom Oberkommando der Rheinarmee zugesichert wurde.

Die süddeutschen Wehrverbände zum Scheitern der bürgerlichen Einheitsliste.

Die süddeutschen Wehrverbände, der Stahlhelm, der Wehrdienst, der Wehrwolf, die Reichsflagge und der Jungdeutsche Bund, haben gemeinsam folgende Erklärung beschlossen:

„Wir sind unseren Grundgedanken als überparteiliche Wehrverbände haben wir uns bei unserer Mitwirkung an der Vorbereitung für die süddeutschen Landtagswahlen ferngehalten von jeder Bindung an irgendeine Partei oder an parteipolitische Programme und sind einzig darauf beschränkt, für den großen Gedanken einer nationalen Einheitsliste gegen den von uns bekämpften Parteisozialismus mit seiner internationalen, parlamentarischen und marxistischen Einseitigkeit zu werden. Unter für dieses Ziel erlangener Notwendigkeit in ganzen Lande, in politischen und Wirtschaftskreisen einen starken Widerstand gefunden und verheißungsvolle Aussichten gezeitigt.“

Im Verlauf der Verhandlungen zeigten sich von den Parteien die Demokraten auch absetzt. In unserem großen Wehrdienst hat aber auch die Vereinstellung der Deutschen Volkspartei es abgesehen, im Fall einer nationalen Wehrliste bindende Abmachungen für die Zeit nach der Wahl einzugehen. Sie hat sich damit freie Hand vorbehalten, auch in einem solchen Fall wieder mit dem Marxisten zusammenzugehen. Und aber kann niemand zugeben, solche Parteien noch zu unterstützen. Einzige im Wollen und einzig im Ziel werden wir uns auch in Zukunft von nicht und durch niemand abhalten lassen, weiter für unser hohes Ziel tätig zu sein.“